

NEUE LEHRERINNEⁿ GEWINNEN? IRS-STUDIE GIBT ANTWORTEN

Die IRS-Studie unterscheidet bei ihren Vorschlägen drei Adressatenkreise: Land, einzelne Schule und Kommune.

Dem Land werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Ausbau der gesetzlich vorgesehenen Aufstiegsmöglichkeiten für Beamte
- mehr Planungssicherheit durch Vorverträge oder zügigere Vertragsschließungen
- mehr Selbständigkeit für die Schulen und bessere Beteiligung an der Personalauswahl
- zusätzliche Anrechnungstunden für Lehrkräfte in ländlichen Regionen
- dezentralere Seminarstandorte, dadurch Erleichterung des Referendariates im ländlichen Raum
- Bindung von Lehramtsstudierenden durch Stipendien mit anschließender Lehrverpflichtung in der Region

Einzelnen Schulen als potentiellen Arbeitsorten macht die Studie folgende Vorschläge:

- mehr Attraktivität durch klares Profil (z. B. musikalisch, mathematisch, sportlich)
- Mentoring- oder Coachingprogramm für ReferendarInnen
- Willkommenskultur und guten kollegialen Austausch
- Attraktivität durch lebendige kommunale Bildungslandschaften

Die Kommune als Schulträger und möglicher Wohnort könnte folgende Maßnahmen erwägen:

- Willkommenskultur, Einbeziehung der Lehrkräfte ins gesellschaftliche Leben
- gute Ausstattung der Schule
- Hilfe bei der Wohnungssuche, Bereitstellung günstiger Wohnimmobilien
- Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche für den/die PartnerIn
- Familienfreundlichkeit: Unterstützung bei Kinderbetreuung und Schulanmeldung

„Um ein Kind zu erziehen, bedarf es eines ganzen Dorfes“, sagt ein afrikanisches Sprichwort. Wir brauchen erstmal die Hilfe des ganzen Dorfes bei der Suche nach den nötigen Lehrerinnen und Lehrern.“



Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag

Mehr im Internet zum Thema Bildung und zur Bestellung der IRS-Studie:

[www.gruene-fraktion-brandenburg.de/positionen/
bildung-wissenschaft-kultur/](http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/positionen/bildung-wissenschaft-kultur/)

KONTAKT

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
Telefon 0331-966 1701
Fax 0331-966 1702
E-Mail info@gruene-fraktion.brandenburg.de

Diese Publikation enthält Informationen über die parlamentarische Arbeit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ist nicht zum Zweck der Wahlwerbung bestimmt.

V.i.S.d.P.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag,
Franziska Petruschke, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Fotos: Innen/Links ©jadon - photocase.com; Außen/Mitte ©Rainer
Kurzeder; Titel © kallejipp - photocase.com
Stand: Juli 2011

Diese Publikation wurde klimaneutral produziert.



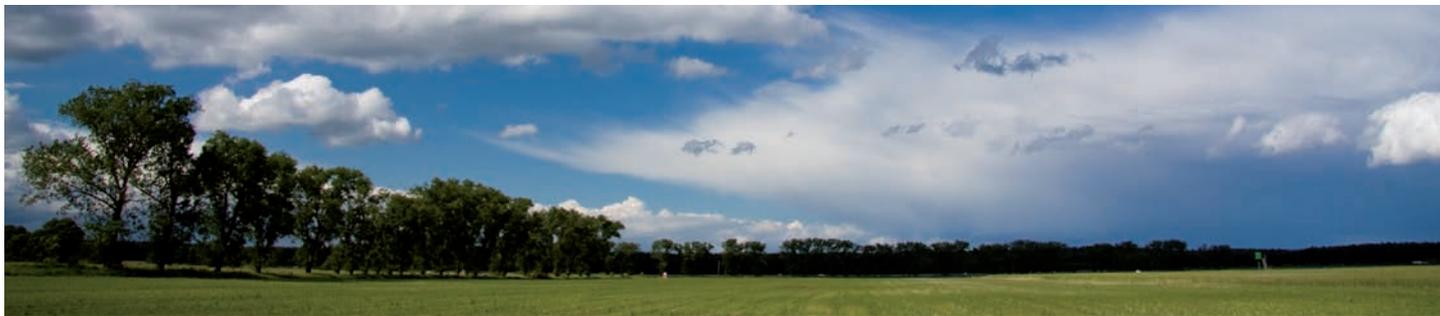
www.gruene-fraktion.brandenburg.de

LANDLEHRERIN IN SICHT?

IRS-STUDIE: LEHRKRÄFTE FÜR BRANDENBURGS LÄNDLICHE REGIONEN GEWINNEN



BILDUNG



NOTSTAND ABSEHBAR: HANDELN ANGESAGT

Lehrkräfte für Brandenburg zu finden, insbesondere für die ländlichen Regionen, wird eine immer größere Herausforderung. Die Zeiten, in denen Brandenburg mit Personalüberhängen bei den Lehrkräften gewirtschaftet hat, sind endgültig vorbei. Die Zahl der in den nächsten Jahren aus Altersgründen ausscheidenden Lehrerinnen und Lehrer wird erheblich größer sein als die der LehramtsabsolventInnen. Kommen dann junge Lehrkräfte aus anderen Bundesländern zu uns und füllen die Lücke? Und wie gelingt es uns, sie für die ländlichen Regionen zu begeistern?

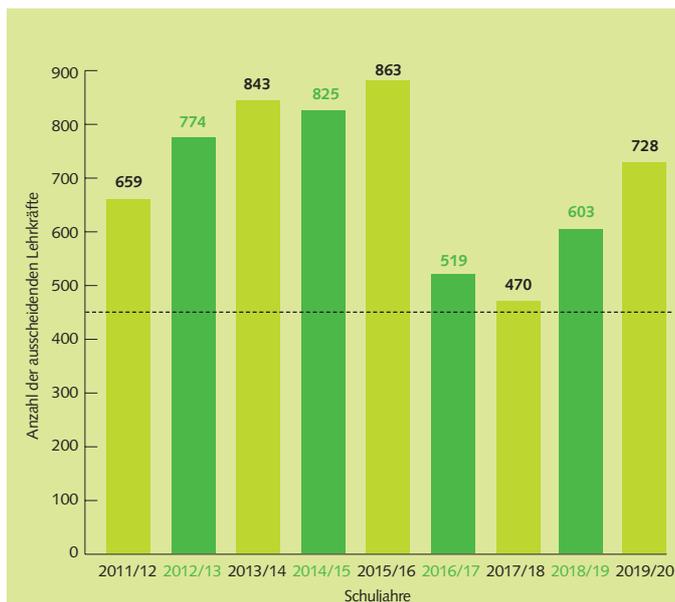
Um Antworten auf diese Fragen zu bekommen, hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beim Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) ein Gutachten zu den „Möglichkeiten für eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften in Schulen peripherer Regionen Brandenburgs“ in Auftrag gegeben. Das Ergebnis ist eine Fülle verschiedener Handlungsvorschläge für die Akteure – das Land Brandenburg als Arbeitgeber, die Schule als direkter Arbeitsplatz und die Kommunen als Schulträger.

WIE VIELE LEHRKRÄFTE BRAUCHT DAS LAND?

Die Koalitionspartner SPD und Linke haben in ihrem Koalitionsvertrag eine Schüler-Lehrer-Relation von 15,4 zu 1 festgeschrieben. Die Landesregierung plant also trotz vielerorts eklatantem Lehrermangel keinerlei Verbesserung, sondern lediglich den Erhalt des Status quo.

Aber selbst diese Rechnung geht nicht auf: Vom Schuljahr

2011/2012 bis einschließlich zum Schuljahr 2014/2015 (Ende der Legislaturperiode) werden nach Berechnungen des Bildungsministeriums 3.100 Lehrkräfte aus dem Schuldienst ausscheiden, die meisten aus Altersgründen. Diese 3.100 Lehrkräfte müssen bis zum Schuljahr 2014/2015 komplett ersetzt werden. Pro Jahr müssten im Schnitt 775 Lehrkräfte neu eingestellt werden. Aber nur 450 Lehrkräfte werden jährlich in Brandenburg fertig ausgebildet. Zum Schuljahr 2011/2012 plant das Ministerium lediglich 250 Neueinstellungen – obwohl dieses Jahr noch mehr zur Verfügung stünden! Die Differenz addiert sich natürlich zum Bedarf der folgenden Jahre.



Quellen: Jahre 2011/12 bis 2014/15: Antwort auf Kleine Anfrage 1165 (Drs. 5/3309)
 Jahre 2015/16 bis 2019/20: Modellrechnung des MBS
 Die Linie bei 450 zeigt die jährlich fertig ausgebildeten Lehrkräfte in Brandenburg.

DIE ROT-ROTE PLANUNG: EIN BILDUNGSPOLITISCHER BANKROTT

Betrachtet man die nächsten zehn Jahre, liegt nach den Berechnungen des Leibniz-Institutes für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) der durchschnittliche jährliche Bedarf bei 600 Einstellungen. Hinzu kommt, dass nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Bundesländern der Bedarf teilweise deutlich über den Ausbildungszahlen liegt. Außerdem müssen Fächerkombinationen und Schulformen zum Bedarf passen: Brandenburg braucht in den nächsten Schuljahren zu 75 Prozent LehrerInnen für Primarstufe und Sekundarstufe I, aber die meisten Lehramtsstudierenden wählen Lehramt am Gymnasium. Und die jeweils richtigen Puzzleteile zu finden, ist für die ländlichen Regionen unvergleichlich schwieriger als für die BerlinInnen.

Nicht einmal die Schüler-Lehrer-Relation bis zum Ende der Legislaturperiode halten zu können, darf getrost als bildungspolitischer Bankrott der Landesregierung bezeichnet werden. Wir weisen seit Anfang der Legislaturperiode auf diese Fehlplanung hin. Ein von uns gestellter Antrag auf Neueinstellung von mindestens 340 LehrerInnen (Drs. 5/3376) wurde im Juni 2011 von Rot-Rot abgelehnt.

MODELLPROJEKT „LANDLEHRERIN IN SICHT“

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plant ein Modellprojekt „LandlehrerIn in Sicht“ zur Erprobung der verschiedenen Maßnahmen in einer Brandenburger Modellregion. Wir wollen auf den unterschiedlichen Ebenen möglichst viele Akteure einbinden und in einem solchen Netzwerk die mittel- bis langfristige Personal- und Schulentwicklung dieser Region gemeinsam planen. Denn die Bildung unserer Kinder ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben und sie gelingt am besten, wenn wir sie gemeinsam anpacken.